Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

DATEN UND FAKTEN

Die aktuelle Flüchtlingskrise

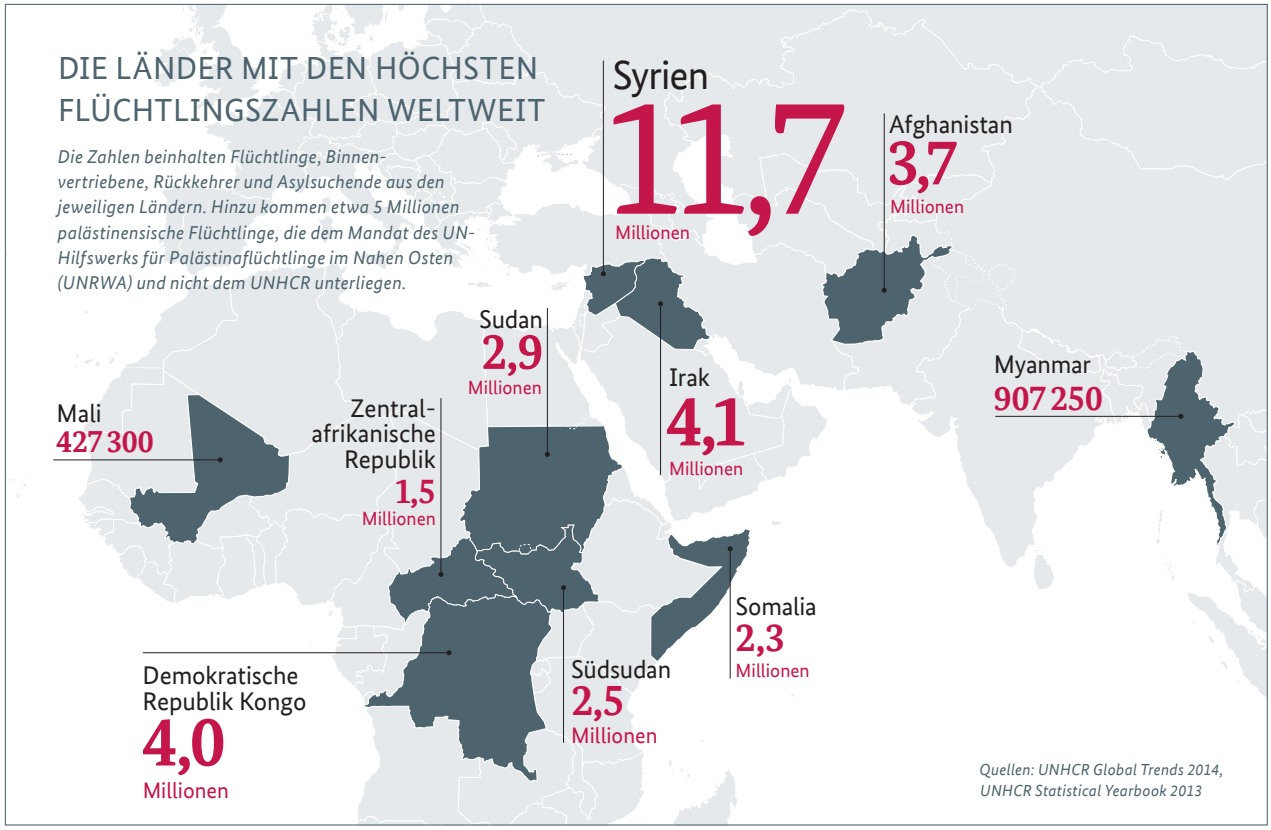
Weltweit sind RUND 60 MILLIONEN MENSCHEN AUF DER FLUCHT. Das ist die höchste Zahl seit dem 2. Weltkrieg.

Die ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT der Flüchtlinge findet IN NACHBARLÄNDERN UND -REGIONEN Schutz, knapp 90 Prozent sogar in Entwicklungsländern.

Fast 12 MILLIONEN SYRER sind auf der Flucht. Davon sind weniger als 5 PROZENT IN EUROPA angekommen (ca. 440.000 Flüchtlinge). Wir dürfen die über 95 Prozent, die noch vor Ort sind, nicht vernachlässigen. Sie werden sonst weiter in großer Zahl die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer wagen oder auf anderen Wegen zu uns kommen.

In den HAUPTAUFNAHMELÄNDERN im Nahen Osten (Türkei, Libanon, Jordanien, Irak) ist die BELASTUNG BESONDERS GROSS. Im Libanon kommt mittlerweile ein Flüchtling auf vier Einwohner. Das zeigt, wie wichtig unsere Unterstützung für die Länder der Region ist. Nur so können weitere Fluchtbewegungen reduziert werden.

Hinzu kommt: JEDER EURO, der IN DEN HERKUNFTSREGIONEN eingesetzt wird, ERSPART EIN VIELFACHES AN MITTELN für die Flüchtlingsbetreuung in Deutschland. In und um Syrien eingesetzte Mittel erzielen etwa die 10- BIS 20-FACHE WIRKUNG im Vergleich zu Deutschland. So kostet es zum Beispiel ca. 10 Euro, einem Kind in der Nahost-Region eine Woche lang den Schulbesuch zu ermöglichen. In Deutschland ist dies um ein Vielfaches teurer.



Die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat für die deutsche Entwicklungspolitik höchste Priorität. Wir investieren gezielt Mittel zur Bekämpfung von Fluchtursachen und zur Unterstützung von Flüchtlingen:

Wir geben mehr als 1 MILLIARDE EURO FÜR DIREKTE FLÜCHTLINGSHILFE aus.

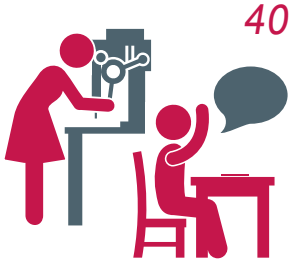
Mehr als 12 MILLIARDEN EURO fließen über die gesamte Legislaturperiode hinweg in STRUKTURELLE FLUCHTURSACHEN-BEKÄMPFUNG.

Wir haben DREI SONDERINITIATIVEN geschaffen und setzen gerade ein weiteres INFRASTRUKTURPROGRAMM für Flüchtlingsgebiete in Nahost, Nordafrika, Westafrika und der Ukraine in Höhe von 1,7 Milliarden Euro um (Wohnungsbau, Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Stromversorgung).

Hierdurch können wir unter anderem:

60.000 syrische Kinder im Libanon einschulen;

400.000 Menschen in Mali mit Wasser versorgen;



15.000 Menschen im Irak in Beschäftigung bringen;

25.000 Menschen in Ägypten beruflich bilden;

Wohnraum für 25.000 Menschen in der Ukraine schaffen;

800.000 Menschen in Jordanien mit Wasser und 200.000 Menschen mit Strom versorgen.

Die Flüchtlingskrise kann nicht national gelöst werden. Wichtig ist, dass AUCH ANDERE IHREN BEITRAG leisten:

Wir brauchen ein SONDERPROGRAMM DER EU für die Hauptherkunfts- und -aufnahmeregionen in Höhe von 10 MILLIARDEN EURO aus vorhandenen Töpfen. Dies deckt sich mit dem Beschluss des Koalitionsausschusses vom 6. September, der ein stärkeres EU-Engagement mit europäischen Mitteln bei der Bekämpfung von Fluchtursachen für notwendig erachtet.

Der HILFSAUFRUF DER VEREINTEN NATIONEN für die von der Syrienflüchtlingskrise betroffenen Länder der Region ist derzeit ERST ZU 46 PROZENT GEDECKT. Für 9,8 Millionen Menschen in Syrien ist die ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht sichergestellt. Das WELTERNÄHRUNGSPROGRAMM kann aktuell nur jeden dritten Menschen in Syrien versorgen, der dringend auf Hilfe angewiesen ist. Und die Versorgungslage verschlechtert sich weiter. Dies ist nicht hinnehmbar.

Die internationale Gemeinschaft muss sich stärker engagieren. Das BMZ hat das Welternährungsprogramm in der SYRIEN- UND IRAK-KRISE seit 2012 mit 73 MILLIONEN EURO bei der Sicherung der Nahrungsmittelversorgung UNTERSTÜTZT, davon kurzfristig 20 Millionen Euro zur Sicherstellung der akuten Versorgung. Darüber hinaus fördert das BMZ UNICEF seit 2012 mit 180 MILLIONEN EURO für Kinder-Bildungsprogramme.

Auch die Afrikanische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen ihren Teil der Verantwortung tragen. Die GEMEINSAME BEKÄMPFUNG VON FLUCHTURSACHEN wird ein SCHWERPUNKT DES EU-AU-GIPFELS im November 2015 auf Malta sein. Hier muss es zu klaren Ergebnissen kommen.

Akute KRIEGE UND KONFLIKTE, vor denen ein großer Teil der Menschen fliehen muss, BEDÜRFEN DRINGEND EINER POLITISCHEN LÖSUNG. Die diplomatischen Bemühungen mit Blick auf Syrien, Irak, Somalia und Eritrea müssen deutlich verstärkt werden, sowohl auf Ebene der Vereinten Nationen als auch der EU.